

**Beschluss der 28. ordentlichen Vollversammlung
des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am
05.03.2005**

AGENDA JUGENDARBEIT

**Qualität von Jugendverbandsarbeit in Niedersachsen nur
bei angemessener Finanzierung gesichert!**

Wir blicken heute auf eine Gesellschaft, die vor immensen Veränderungen steht. Durch einen zunehmend beschleunigten Kapitalismus sind Arbeitsplätze weggefallen, in prekäre Arbeitsverhältnisse überführt und unsicherer geworden. Der Staat vermag diese Unsicherheit nicht aufzufangen. Immer mehr der wohlfahrtsstaatlichen Verantwortung wird abgebaut und in die Eigenverantwortung jedes/jeder Einzelnen übertragen. Auch die Lebensphase Jugend hat sich aufgrund dieser Unsicherheiten verändert: Sie ist weniger geradlinig, sie ist geprägt von Experimenten, Nebenwegen, verschlungenen Pfaden und Sackgassen. Einer Menge von Jugendlichen ist unklar, was passiert, wenn sie erwachsen geworden sind. Viele von ihnen sind resigniert, perspektivlos und wissen nicht, wo ihr Platz in der Gesellschaft sein soll.

Da sich Jugendverbände als wichtige Partner-innen beim gelingenden Aufwachsen von Jugendlichen verstehen, sehen auch sie sich durch diese Entwicklungen neuen Herausforderungen ausgesetzt.

Obwohl viele Jugendliche heute in Distanz zur Parteipolitik stehen: Sie haben trotzdem ein Interesse an ehrenamtlichem Engagement. In Jugendverbänden können sie in einer Gruppe oder einem Projekt selbst mitbestimmen, was sie tun wollen, und dies auch umsetzen. Es bestehen Freiräume zum Experimentieren, Argumentieren und Aushandeln. Messbar wird das Engagement von Jugendlichen beispielsweise bei der Juleica. In Niedersachsen gibt es inzwischen über 40.000 junge Menschen mit Jugendleiter-innen-Card - so viele wie in keinem anderen Bundesland. Das sind 40.000 Teamer-innen, die Freizeiten, Seminare und Jugendgruppen anleiten. Dies alles zu erleben, ist eine gute Basis für späteres Engagement im Erwachsenenalter.

Dieses Engagement bildet den Rahmen, in dem Bildung stattfindet - informell und selbstorganisiert. Kinder und Jugendliche übernehmen Verantwortung für ihr Tun. Sie machen Erfahrungen, erlangen Selbstvertrauen, gewinnen an Identität und lernen, ihr Leben zu bewältigen. Bei Jugendarbeit geht es um mehr als die reine Wissensvermittlung, im Zentrum stehen psychosoziale Aspekte: Feeling, Emotion, Inspiration, Neugier und Fantasie. Jugendarbeit dient der Persönlichkeitsbildung.

Eingebettet sind diese Tätigkeiten in eine Strukturkultur, die im Vergleich zu anderen Bundesländern einzigartig ist. Verteilt über ganz Niedersachsen gibt es inzwischen über 220 Jugendringe. Hier werden die Interessen von Jugendlichen gebündelt und gegenüber Politik und Verwaltung vertreten. Online bietet der Jugendserver eine Plattform für Kommunikation und Austausch. Mit aktuell über 16.000 Besucherinne-n pro Monat ist hier ein hochfrequentierter Raum für Vernetzung entstanden.

All dies geschieht nicht „einfach so“: Jugendverbandsarbeit hat wichtige Maßnahmen im Bereich der Qualität ergriffen. Das bedeutet: Gutes soll besser werden. Das „Handbuch zur Qualitätsentwicklung in der Jugendverbandsarbeit“ war dabei ein Meilenstein. Und auch weitere Publikationen setzen auf Qualitätsentwicklung: das Juleica-Handbuch mit praktischen Tipps für die Arbeit als Jugendleiter-in und das ergänzende Praxisbuch zur geschlechtsbewussten Jugendarbeit.

Auf dem Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit haben Jugendverbände bereits wichtige Schritte unternommen. Mädchen- und Jungenarbeit haben ebenso wie die geschlechtsbewusste Jugendarbeit eine Tradition und werden sich weiterentwickeln. Das Prinzip Gender Mainstreaming befindet sich in der Umsetzung.

Immer wieder zeigt Jugendverbandsarbeit ihre Innovationskraft und stellt sich neuen Aufgaben: sei es das Modellprojekt „Mädchen in der Jugendarbeit“, das Folgeprojekt „Lebensweltbezogene Mädchenarbeit“, das Impulsprogramm aus dem Kinder- und Jugendplan, Kooperation mit Ganztagschulen oder NextNetz, das Programm für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf.

Doch all das gibt es nicht umsonst: Ehrenamtliche brauchen unterstützende Strukturen, Seminare brauchen ein Tagungshaus, Bildungsangebote eine hauptamtliche Beratung. Qualität zu erzeugen und zu verbessern, bedeutet auch: dass die Basis dafür zur Verfügung stehen muss.

Leider werden diese Notwendigkeiten in der Landespolitik nicht ausreichend berücksichtigt: Die Kürzungsrunden der Landesregierung haben die Struktur der Jugendverbandsarbeit in Niedersachsen bereits erheblich getroffen. Seit 2004 gibt es das Programm „Strukturschwache Gebiete“ nicht mehr. Ebenfalls 2004 sind die

Zuschüsse im Bereich „Freizeit und Erholung“ gestrichen worden. Die Entschädigung für Verdienstaufschlag ist weggefallen, bei Bildungsmaßnahmen und bei der Förderung verbandlicher Bildungsstätten wurde gekürzt. Diese Kürzungen weisen sicherlich nicht in die richtige Richtung. Jugendverbandsarbeit verliert dadurch ihre Basis, im wahrsten Sinne des Wortes „das Dach über dem Kopf“. Zurückgehende Grundlagenförderung der Jugendverbandsarbeit nimmt Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen wichtige Partnerinnen und entzieht ihnen wichtige Räume für jugendgemäßes ehrenamtliches Engagement, Partizipation und Bildung.

In schwierigen Zeiten muss es förderungspolitisch heißen „Jetzt erst recht“, denn nun sind die zu bewältigenden Herausforderungen für Jugendliche besonders schwer. Ihnen trotz vermeintlich leerer Kassen mehr Anerkennung durch mehr Förderung zukommen zu lassen, vermittelt ihnen das Gefühl, dass sie eine Perspektive haben und dass die Gesellschaft sie wertschätzt.

Wir fordern daher die Landesregierung auf, die Basisförderung wieder mindestens auf den Stand von 2003 anzuheben und sie außerdem durch substantielle Programme nachhaltig zu ergänzen.

Dazu fordern wir:

1. eine langfristig angelegte Grundsicherung der Förderung verbandlicher Kinder- und Jugendarbeit.
2. die langfristige Absicherung der Hauptamtlichkeit als elementare Stütze für ehrenamtliches Engagement in den Jugendverbänden.
3. eine qualifizierte Förderung der verbandlichen (Bildungs-)Arbeit mit Kindern.
4. die Entbürokratisierung der Mittelbeantragung und -abrechnung im Sinne der jungen ehrenamtlich handelnden Menschen.

**Beschluss der 28. ordentlichen Vollversammlung
des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am
05.03.2005**

Wir können auch anders! - Visionen für eine gerechtere Gesellschaft

In Deutschland sind wir mit einer seit Jahren anhaltenden hohen Erwerbsarbeitslosigkeit konfrontiert, die von konjunkturellen Schwankungen weitgehend entkoppelt ist, die zu wachsender Armut und zu mangelnder Teilhabe breiter gesellschaftlicher Gruppen am gesellschaftlichen Leben führt. Für Kinder und Jugendliche geht diese Entwicklung unter anderem mit sinkenden Möglichkeiten in den Bereichen Bildung und Partizipation einher.

Die politischen Bemühungen, eine positive und nachhaltige Wende in diesen zentralen Zukunftsfragen einzuleiten, scheitern bisher vor allem an der Ausrichtung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik an rein ökonomischen Verwertungsinteressen. Die Lebensplanung der betroffenen Menschen wird somit in weitgehenden Fragen ökonomischen Sachzwängen untergeordnet, wodurch die sozialen und kulturellen Bezüge unserer Gesellschaft ausgehöhlt zu werden drohen.

Die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. betonen, dass es für die Lebenszufriedenheit jedes einzelnen Menschen und für den sozialen Frieden in einer Gesellschaft auf eine nicht nur ökonomische Wertschöpfung ankommt. Familienarbeit, ehrenamtliche Arbeit und lebenslanges Lernen verdienen die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie Erwerbsarbeit, was sich auch in ihrer Berücksichtigung für eine ausreichende materielle Absicherung ausdrücken muss. Die Jugendverbände sprechen sich dafür aus, dass Menschen in die Lage versetzt werden, nicht ihr ganzes Leben dem Primat des Ökonomischen und den Erfordernissen des Erwerbslebens unterordnen zu müssen.

Die Einführung einer materiellen Grundsicherung für Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr, für Erwachsene, die gesellschaftlich wertvolle Arbeit in den vier genannten Bereichen leisten, sowie für ältere Menschen, die dies in ihrem aktiven

Arbeitsleben geleistet haben, wäre ein großer Schritt in die Richtung einer solidarischen Gesellschaft, die beiden Geschlechtern gerecht wird und in der die Menschen Verantwortung für sich und andere übernehmen.

Die Jugendverbände fordern

- ein Bildungssystem, in dem Kinder und Jugendliche vielfältige Kompetenzen erwerben und ihre Persönlichkeit und Fähigkeiten entwickeln können, ohne darin nur dem Maßstab der Beschäftigungsfähigkeit, also der Verwertbarkeit des „Bildungserfolges“ für ökonomische Zwecke, genügen zu müssen,
- eine Kultur der Freiwilligkeit zu stärken, in der gesellschaftliche Anerkennung erntet, wer sich nicht auf Kosten, sondern durch freiwillige Arbeit zugunsten anderer bereichert,
- eine Erwerbsarbeitswelt, in der erwerbsarbeitsfreie Tage und Wochenenden Raum für Muße, inhaltliche, weltanschauliche und religiöse Orientierung, Familienleben, soziale Beziehungen und persönliche Selbstverwirklichung lassen,
- ein umwelt- und mitweltverträgliches Konsumklima, das nicht nur „Geiz geil“ findet, sondern für Produkte und Ressourcenverbrauch faire und Nachhaltigkeit gewährende Preise vorsieht.

Als verbandlich organisierte Vertreter-innen von Kindern und Jugendlichen haben wir den Auftrag, unbequeme Mahner-innen und Vordenker-innen zu sein und alternative Handlungsoptionen im Interesse der nachwachsenden Generation zu formulieren, die im politischen Alltagsgeschäft anecken können. Wir wollen Lobby sein für diejenigen, die sonst kein Gehör finden.

Wir fordern Politikerinnen und Politiker aller Fraktionen und auf allen Ebenen auf,

- mit uns den Blick zu öffnen für wirkliche Zukunftsmodelle, die Solidarität und Selbstbestimmung und somit einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen wollen, den ökonomisches Wachstum allein niemals bewerkstelligen wird,
- sich angesichts der zentralen Bedeutung der Zukunftsfragen nicht allein von ökonomischen oder von „parteitaktischen“ Interessen und der herkömmlichen „Verwertungslogik“ leiten zu lassen,
- gemeinsam mit den Jugendverbänden als demokratische Zusammenschlüsse von Kindern und Jugendlichen ein Partei übergreifendes wirkungsvolles Vorgehen für die Information der Bürgerinnen und Bürger unserer Gesellschaft zu entwickeln, das dazu geeignet ist, die Einsicht in die Notwendigkeit der Umgestaltung wesentlicher Bereiche unserer Gesellschaft zu vermitteln.

Begründung:

Jugendverbänden geht es häufig so wie Politiker-inne-n: Bemüht, die Perspektiven für die allernächste Zeit abzusichern, geraten die großen gesellschaftlichen Reformbaustellen und die ihnen gerecht werdenden grundsätzlichen Änderungsvorschläge schnell aus dem Blick.

Trotz aller drängenden finanziellen und strukturellen Fragen im Zusammenhang mit der Absicherung verbandlicher Jugendarbeit halten wir es für unverzichtbar, ein Signal gegen die Logik der akuten Sachzwänge zu setzen. In diesem Sinne ist es unverzichtbar, dass sich Jugendverbände als Anwälte der nachwachsenden Generation engagieren und profiliert für die zentralen gesellschaftlichen Fragen einsetzen.

Beschluss der 28. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendrings Niedersachsen e.V. am 05.03.2005

Förderung von Genderkompetenzen

Die 28. Vollversammlung des Landesjugendrings fordert die Landesregierung Niedersachsen auf, ab 2006 weiterführende Impulse zur Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit zu geben! Auch nach Beendigung des Nds. Förderprogramms „Lebensweltbezogene Mädchenarbeit“ muss sich die Landesregierung mit gleicher Kraft und Innovation für eine geschlechtsspezifische Jugendarbeit einsetzen. Gerade in Zeiten schwieriger Finanzlagen darf nicht an der Qualität der Jugendarbeit gespart werden.

Die Niedersächsische Verfassung schreibt die Verwirklichung der Gleichberechtigung als ständige Aufgabe des Landes, der Gemeinden und Landkreise vor. Niedersachsen hat bereits 1991 mit der Einrichtung des Modellprojekts „Mädchen in der Jugendarbeit“ erkannt:

Bei den Bemühungen um Gleichstellung zwischen Frauen und Männern, beim Abbau von Diskriminierung handelt es sich um eine grundlegende Aufgabe jeder Gesellschaft, die um sozialen Fortschritt und die Einlösung verfassungsrechtlich verbrieft Ansprüche bemüht ist. Weiter fordern wir die Landesregierung auf, Gender-Kompetenzen in der Jugendhilfe in Niedersachsen zu fördern.

Wie die Praxis der Jugendhilfe zeigt und auch die Expertise zum 11. Kinder- und Jugendbericht längst festgestellt hat, ist Mädchen- und Jungenarbeit noch immer eine uneingelöste fachliche Herausforderung.

Die Impulse, die von einer Gender-Arbeit ausgehen, bieten der Jugendarbeit ein reiches Feld der selbstbestimmten, partizipatorischen Entwicklung. Auch in Niedersachsen würden sich weitergehende, auf die erfolgreiche Mädchenarbeit aufbauende Perspektiven eröffnen. Die Anregungen der Gender-Konzepte sind in geeigneter Weise aufzunehmen, auf die Realitäten der Jugendhilfe zu übertragen und müssen inhaltlich gefüllt werden. Bei den Mitgliedsverbänden im Landesjugendring sind dazu vielfältige Kompetenzen und Erfahrungen aus den verschiedensten Arbeitsfeldern, z.B. Mädchenarbeit,

Jungenarbeit, Jugendarbeit und Schule, Qualitätsentwicklung usw.,
vorhanden.

Deshalb beauftragt die 28. ordentliche Vollversammlung des
Landesjugendringes Niedersachsen e.V. den Vorstand des
Landesjugendrings, in dieser Frage mit der Landesregierung in den
Dialog zu treten.

Beschluss der 28. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 05.03.2005

Für ein gebührenfreies Studium

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Januar 2005 wurde das Verbot der Bundesregierung zur Einführung von Studiengebühren für das Erststudium aufgehoben.

Die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. lehnen Studiengebühren ab, weil sie Ungleichheiten manifestieren, bildungs- und wirtschaftspolitisch in die falsche Richtung führen und ein gesellschaftlich unverzichtbares soziales und politisches Engagement verhindern bzw. erheblich erschweren.

Hintergrund für diese Positionierung sind folgende Beobachtungen:

- In kaum einem EU-Land ist die Kopplung von Bildungschancen und sozialer Herkunft so ausgeprägt wie in Deutschland. Damit entscheidet die soziale Herkunft besonders stark über den Zugang zur Hochschulbildung. Dieser Umstand würde mit der Einführung von Studiengebühren verschärft, da die Entscheidungsfindung junger Menschen bezüglich der Aufnahme eines Studiums wesentlich durch die finanziellen Möglichkeiten ihrer Herkunftsfamilie beeinflusst würden.
- Die Notwendigkeit, durch Nebentätigkeiten Lebenshaltungskosten und Studium - zumindest einen Teil davon - finanzieren zu müssen, ist für über 60% der Studierenden bereits jetzt Realität. Studiengebühren werden viele vom Studium ausschließen, bei anderen die Studienzeiten verlängern. Sozial schlechter gestellte Studierende sind sehr viel stärker betroffen als sozial besser gestellte.
- Aufgrund von Studiengebühren werden Studierende ihr gesamtgesellschaftliches bzw. ehrenamtliches Engagement einschränken - wenn nicht gar aufgeben - müssen, um die Studienzzeit nicht noch zu verlängern und um sich mit zusätzlichen Nebentätigkeiten das Studium überhaupt leisten zu können. Finanzieller Druck ließe den meisten keine Zeit mehr, sich gesellschaftlich oder politisch zu engagieren. Die objektiv

festzustellende Notwendigkeit des Ausbaus eines bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft wie auch das politische Bekenntnis der niedersächsischen Landesregierung, förderliche Rahmenbedingungen für ein ehrenamtliches Engagement junger Menschen zu schaffen, werden durch die Einführung von Studiengebühren konterkariert.

Die Schaffung von Rahmenbedingungen und die Bereitstellung von Ressourcen für die Bildung der jungen Generation sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben und kommen im Umkehrschluss der gesamten Bevölkerung zugute. Entsprechende Mittel sind daher über eine veränderte Prioritätensetzung in der Haushaltspolitik bereitzustellen.

Die Jugendverbände fordern die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements von jungen Menschen auch im Rahmen von Studienzeiten.

**Beschluss der 28. ordentlichen Vollversammlung
des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am
05.03.2005**

Armut bekämpfen durch Chancengleichheit für junge Menschen

In der vergangenen Woche erschienen sowohl der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung als auch die UNICEF-Studie zur Kinderarmut in reichen Ländern. Sicherlich: Deutschland ist, beispielsweise verglichen mit Entwicklungsländern, ein reiches Land. Allerdings öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich zunehmend. Beide Studien stellen in diesem Zusammenhang ein alarmierendes Signal dar, gerade was die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen betrifft.

In Deutschland besitzen heute die reichsten 10% aller Haushalte rund 47% des gesamten Vermögens. Dem hingegen verfügt die „ärmere Hälfte“ der Haushalte nur über 4% des Gesamtvermögens. Armut in Deutschland hängt stark mit Erwerbslosigkeit zusammen, und dies bei Rekordzahlen von 5,2 Millionen Erwerbslosen. Ein besonders hohes Risiko zu verarmen besteht außerdem bei Alleinerziehenden. Auch Zuwandererfamilien sind überdurchschnittlich häufig arm.

Was Kinder und Jugendliche angeht, zeigt sich ein düsteres Bild. Jedes zehnte Kind lebt heute in relativer Armut. Bei den Jugendlichen im Alter von 16 bis 24 Jahren ist mittlerweile jede-r Fünfte betroffen. Doch Armut definiert sich nicht nur über Geld. Arme Kinder werden auch häufiger krank. Neben den materiellen Dingen fehlt es häufig an Zuwendung, Erziehung und Bildung. Bereits PISA hat gezeigt: Bildungschancen werden „vererbt“. Vergleicht man Kinder aus finanziell schwachen und starken Haushalten, so zeigt sich, dass die Chancen eines Kindes aus einem finanziell starken Haushalt, ein Studium aufzunehmen, etwa siebenmal höher sind als die des anderen Kindes.

Angesichts dieser Zahlen ist nicht nur die Politik gefordert, etwas gegen Armut zu tun. Alle gesellschaftlichen Gruppen sind aufgerufen, aktiv zu werden. Jugendverbandsarbeit leistet in diesem

Zusammenhang bereits einen wichtigen Beitrag. Hier entsteht ein Netz für informelle Bildung. So können die Startchancen von jungen Menschen verbessert werden. Zudem stellt das Netzwerk von Jugendarbeit in Niedersachsen, bestehend aus 19 landesweit organisierten Jugendverbänden und über 220 Jugendringen, ein wichtiges Forum für Interessenvertretung dar. Um diese Struktur zu erhalten, braucht es eine angemessene Finanzierung.

Jugendarbeit in Niedersachsen reagiert außerdem auf die zunehmend schwierige soziale Lage von Jugendlichen. Mit dem Förderprogramm „NextNetz“ legen die Jugendverbände im kommenden Jahr einen Schwerpunkt auf die Arbeit mit „jungen Menschen mit besonderem Förderbedarf“. In 80 lokalen Mikroprojekten sollen ehren- und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendarbeit die Möglichkeit haben, sich für die Arbeit mit diesen Zielgruppen zu qualifizieren und neue Angebotsformen zu entwickeln.

Als Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche fordert der Landesjugendring Niedersachsen, dass junge Menschen stärker in den Fokus der Politik genommen werden müssen. Bei den nun zu fassenden politischen Entscheidungen gilt es, im Besonderen auf die Folgen für junge Menschen zu achten. Junge Menschen dürfen nicht die Leidtragenden der derzeitigen Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik sein. Um Armut nachhaltig zu bekämpfen, ist es notwendig, dass alle jungen Menschen die gleichen Startchancen in der Gesellschaft haben.